

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 63, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
Tel.-Börse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 63, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2508-2507

Schützt die Farben der Republik!

Die Deutschnationalen beschimpfen die deutsche Nation.

Die Deutschnationalen haben auf einem Wahlplakat die Farben der Republik beschimpft. Die Behörde ist eingeschritten und hat das Wahlplakat beschlagnahmt. Die deutschnationale Presse besitzt die Dreifaltigkeit, in dem Schutz der Farben der Republik eine Bekämpfung der „nationalen Bewegung“ zu sehen.

Sie spricht von einer Beeinträchtigung der Freiheit des Wahlkampfes. Die „Nationalpost“, das parteioffizielle Organ der Deutschnationalen, rätioniert gegen die Begründung der Beschlagnahme durch den preussischen Pressedienst:

„Diese kümmerliche Begründung kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich hier wie in dem früheren Falle um eine Wahlmanipulation handelt, die die Freiheit des Wahlkampfes in ernstester Weise beeinträchtigt. Wir sehen im übrigen auch diesmal wieder der gerichtlichen Entscheidung mit großer Seelenruhe entgegen.“

Das Einschreiten der Behörden gegen die Beschmutzung der Farben der Republik hat mit der Freiheit des Wahlkampfes nichts zu tun. Auch im Wahlkampf ist es die Pflicht der Behörden, den Staat und seine Hoheitszeichen gegen Beschimpfung und Verächtlichmachung durch reaktionäre staatsfeindliche Parteien zu schützen.

Die Deutschnationalen wagen in diesem Zusammenhang, sich als Träger der „nationalen Bewegung“ zu bezeichnen. Welche Schmach für das deutsche Volk, wenn diese Partei der Träger der nationalen Bewegung wäre!

Die Nation ist nicht im Lager der Deutschnationalen. Die Nation ist im Lager der Republik. Die Nation will die innere Freiheit, weil nur das Volk die Freiheit eines geachteten freien Volkes unter den Völkern verdient, das seine innere Freiheit zu erhalten und zu schützen weiß. Die Nation hat nichts zu tun mit den finsternen und traurigen Gefellen der Reaktion, die das deutsche Volk zu einem Untertanenvolk machen wollen.

Die Farben der Republik sind die Farben der Nation. Wer sie beschuldigt wie die Deutschnationalen, beschimpft sein eigenes Volk. Die Partei, die ihre Gesinnung verkauft, die eine Schande des deutschen Parteiwesens ist, beschmutzt die Nation. Welcher Engländer würde es wagen, unter der heuchlerischen Maske der „nationalen Bewegung“ den Union Jack, welcher Franzose würde es wagen, die Tricolore zu beschimpfen! Solcher Gemeinheit gegen die eigene Nation sind nur die Deutschnationalen fähig.

Wer ein Feind von Schwarz-Rot-Gold, den Farben der deutschen Republik ist, ist ein Feind der Nation. Wir werden nicht dulden, daß die Feinde des deutschen Volkes, die

Deutschnationalen, die Farben der Nation in den Schmutz ziehen. Wir schützen die Republik gegen den inneren Feind, wir werden auch ihre Farben schützen. Wir erwarten, daß die Behörden gegen jeden weiteren Versuch, die Farben der Nation zu beschmutzen, mit unnachsichtiger Strenge einschreiten werden.

Die vereinigten Reaktionäre.

Schwarzweißrotes Wahlbündnis in Oberschlesien.

In Westoberschlesien haben die Deutschnationalen, die Volksparteiler, die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen ein Abkommen getroffen, in dem sie sich verpflichten, alles Trennende während des Wahlkampfes zurückzustellen und den Kampf gemeinsam für die Farben Schwarz-Weiß-Rot gegen das Reichshamer Schwarz-Rot-Gold zu führen. Das kennzeichnet die Situation. Die Sehnsucht nach der Reaktion ist bei den Volksparteilern so groß, daß sie überall dort, wo sie es ohne Schaden für die eigene Partei tun zu können glauben, die Deutschnationale Partei unterstützen.

Aber auch die Nationalsozialisten zwingt die Angst vor dem Untergang ihrer parlamentarischen Herrlichkeit dazu, sich zu demaskieren. Noch in den letzten Anrufen verurteilten die Ludendorff und Graefe den Unsehn zu erwecken, als sei die Nationalsozialistische Partei eine soziale Arbeiterpartei die eine Welt und die deutschnationale Schmach vom 29. August von den Konservativen — ganz zu schweigen von der Volkspartei — trenne. Ihr Verhalten in Westoberschlesien zeigt, daß die Nationalsozialisten noch größere Heuchler sind als die Deutschnationalen. In der Not flüchten sie in die Arme der Deutschnationalen und der Volkspartei, der vereinigten Reaktion. Und da gehören sie auch hin.

Gibt es noch einen Arbeiter, dem derartige Tatsachen nicht die Augen öffnen? Dank der Haltung der kommunistischen Fraktion konnten die Deutschnationalen im letzten Reichstag den Anspruch auf vier Ministerplätze erheben. Diese Haltung war richtig! hat die Zentrale der KPD. erst soeben wieder bestätigt. „Die Arbeiter dürfen sich nicht vereinen!“ Wer diesen Stumpf sinn noch weiter verteidigt, darf sich nicht wundern, wenn die schwarzweißrote Reaktion eines Tages das verurteilt, was die Deutschnationalen schon bei ihrem Aufbruch um die Ministerposten gefordert haben: eine Entrechtung der Arbeiterklasse schlimmer als in den neunziger Jahren. Wählen ist Pflicht am 7. Dezember und jeder muß wissen, was er zu tun hat, um den Schwarzweißroteten einen dicken Strich durch die Rechnung zu machen.

der Drisklassenerteilung und teilweise der Wohnungsgeldzuschüsse Anfang November hatte 69 Millionen gestiftet.

Arbeiterlöhne bei der Reichsbahn.

Der Verwaltungsausschuss der Reichsbahn hat der Erhöhung der Arbeiterlöhne um 4 Pf. pro Stunde zugestimmt. Morgen, Sonnabend, dürfte dies den Gewerkschaften mitgeteilt werden.

Das ägyptische Attentat.

General Siak gestorben.

Kairo, 21. November. (U.) Der Sirdar Sir Lee Siak ist gestern an den Folgen einer Operation, bei der er sich unterziehen mußte, im Hospital gestorben. Die Bestattung in ägyptischen ägyptischen Kreisen ist außerordentlich groß. Man befürchtet für die ägyptisch-englischen Beziehungen das Schlimmste.

Die Folgen des Attentats.

London, 21. November. (W.B.) „Daily Express“ erwartet, daß der Tod des Sirdars weitreichende politische Folgen haben werde. Eine starke Aktion der Regierung, die beschloffen habe, einen Teil der britischen Mittelmeerflotte von Malta nach Alexandria zu senden, sei wahrscheinlich. Die „Times“ aus Kairo berichtet, hoffen die Ausländer in Ägypten, daß die britische Regierung eine drastische Aktion sowohl im Sudan als auch in Ägypten unternehmen werde.

Die Wäuter melden, daß sich ein Kabinettsrat gestern eingehend mit der Lage in Ägypten befaßte. Heute oder spätestens morgen werde eine Mitteilung abgehen an die ägyptische Regierung. „Westminster Gazette“ tritt dafür ein, daß das Verbredhen in Kairo die Regierung nicht von ihrem Kurs gegenüber Ägypten abbringen solle. „Daily News“ zufolge dürften strenge Maßnahmen ergriffen werden, deren Charakter aber eher präventiv als strafend sein werde. Eine Aufhebung der Deklaration vom Jahre 1922, in der die Unabhängigkeit Ägyptens anerkannt wird, komme nicht in Frage, jedoch sei der Ausschluss der ägyptischen Untertanen aus dem sudanesischen Dienste möglich.

Rücktritt des türkischen Kabinetts.

London, 21. November. (Eigener Drahtbericht.) Die türkische Regierung hat infolge eines Misstrauensvotums des Parlaments in Angora demissioniert. Die Bewegung gegen das Kabinetts Ismeds ist unter Führung der einflussreichsten Männer des Landes seit Monaten systematisch gefördert worden und nur der Umstand, daß Mustafa Kemal mit der großen Autorität seiner Persönlichkeit Ismed geschützt hat, hat es verhindert, daß das Kabinetts Ismed schon vor Monaten gestürzt worden ist.

Monarchie Bayern.

Geld und Rupprecht ziehen an einem Strange.

Daß in Bayern die monarchistischen Bestrebungen noch immer sehr stark sind und bei dem im Lande weilenden Thronpräsidenten Rupprecht Wittelsbach starke Unterstützung finden, ist nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland hinlänglich bekannt. Hat sich doch der edle Ritter v. Kahr, den ein früheres bayerisches Ministerium zum Generalstaatskommissar, also zum Träger der vollziehenden Gewalt, zeitweilig ertoren hatte, offen als Statthalter der Monarchie bezeichnet, ohne daß er dafür von der damaligen Regierung auch nur im leisesten gerügt worden wäre.

Aber selbst nach diesen Erfahrungen bereitet es einige Ueberraschung, daß der gegenwärtige Ministerpräsident von Bayern, der offizielle Führer der Bayerischen Volkspartei, der ebenso wie alle anderen Minister den Eid auf die republikanische Verfassung geleistet hat, sich im Landtage offen als Anhänger der Monarchie bekennt und sich rühmt, mit dem Wittelsbacher eines Sinnes zu sein.

Am gestrigen Donnerstag antwortete dieser Ministerpräsident auf Angriffe, die von der sozialdemokratischen Fraktion gegen seine Politik erhoben worden waren. Er rühmte sich dabei seiner Bestrebungen, die „Eigenstaatlichkeit Bayerns“ besonders durch die Aufrechterhaltung eines eigenen Außenministeriums, eigener Gesandtschaften, u. a. beim Vatikan, zu betonen. In dem Zusammenhang sprach er sich ganz offener über sein Verhältnis zur Weimarer Verfassung und zur Frage der Staatsform aus:

Das Verhältnis zwischen Bayern und dem Reich sei bedingt durch die Weimarer Verfassung. Diese Verfassung habe in jener Zeit, als sie gemacht wurde, zweifellos dem deutschen Volke gute Dienste geleistet. Sie habe aber große Mängel und widerspreche in vielen Teilen so sehr der geistigen Verfassung des deutschen Volkes, daß sie im Rahmen des Möglichen abgeändert werden müsse. Aus diesen Gesichtspunkten heraus sei die bekannte Denkschrift der bayerischen Regierung entstanden. Er stehe als Ministerpräsident voll und ganz auf deren Boden und werde von dieser Denkschrift aus den Versuch machen, in Verbindung mit der Reichsverfassung durchzusetzen, was möglich ist, keineswegs aber mit den Mitteln revolutionärer Gewalt. Denn das Heil des deutschen Volkes könne nur auf legalen Boden gedeihen. „Ich bekeme mich nicht nur als Föderalist, der jeden Nationalismus und Zentralismus ablehnt, sondern auch als Monarchist, und ich behaupte, daß für das deutsche Volk noch seiner geschichtlichen Entwicklung und nach seiner wirtschaftlichen und politisch-geographischen Struktur die Monarchie die bessere Staatsform ist als die Republik. Ich befinde mich hier in derselben Überzeugung wie der Kronprinz Rupprecht.“

Wo in irgendeinem anderen Lande der Welt ist es möglich, daß ein offizieller Vertreter der herrschenden Staatsform sich zum Umsturz bekennt? Das Deutsche Reich freilich unterscheidet sich jetzt wie früher von anderen Staatswesen sehr zu seinem Nachteil dadurch, daß es nicht ein einheitliches Ganzes darstellt, sondern noch immer eine Reihe von Einzelstaaten mit mehr oder weniger starken Selbständigkeits-tendenzen aufweist. Republiken mit solcher Staatenteilung haben wir nur noch sehr selten. Wer aber kann sich vorstellen, daß etwa einer der „Vereinigten Staaten von Amerika“ auf die Idee käme, sich innerhalb des Staatenbundes eine Monarchie zuzulegen? Oder wer kann vermuten, daß einer der Einzelstaaten von Brasilien auf eine so närrische Idee käme, trotzdem Brasilien doch noch bis vor etwa zwei Jahrzehnten Monarchie war? Dem Verwalter eines dieser amerikanischen oder brasilianischen Bundesstaaten würde es wahrscheinlich sehr schlecht gehen, wenn er sich öffentlich und amtlich für die Schaffung einer monarchischen Regierungsform erklären würde.

Solcher Unfug ist nur in Deutschland möglich, weil das deutsche Volk bei der Neugestaltung seiner Verhältnisse augenscheinlich viel zu gutmütig vorgegangen ist. Es hat nicht wie andere revolutionäre Völker die Thronwärter des Landes verwiesen, es hat nicht einmal gehandelt wie Bismarck bei seinen preussischen Annexionen, indem er die Vermögen der Weifen und Kurheffen einzog, damit die entthronten und vertriebenen Konkurrenten der Hohenzollern nicht etwa diese Vermögen zur Anwerbung von Truppen gegen Preußen verwenden könnten.

Die deutsche Revolution ist mit den Monarchen und den Monarchisten außerordentlich vornehm umgegangen. Die ehemaligen Herrscher und ihre Familien wohnen noch immer in prunkvollen Schlössern, halten großes Hofgesinde und unterstützen finanziell und moralisch all die Treibereien gegen die Republik, deren Schutz sie in Anspruch nehmen. Das gilt auch für Rupprecht, den Wittelsbacher, der, seit der Schatz der spanischen Gesandtschaft für ihn nicht mehr in Frage kam, sich wieder in den Schoß seiner bayerischen „Untertanen“ geflüchtet hat und dort den bürigen Schwaben Eberhard zu spielen sucht.

Nun kann man zwar der Meinung sein, daß die Erklärungen des bayerischen Hehd nur platonischer Art seien, da er je doch versichert, von „revolutionärer Gewalt“ nichts wissen zu wollen. Aber seine Betonung der monarchischen Gesinnung und das Zugeständnis der Konspiration mit Rupprecht haben doch ihre sehr bedenklichen Seiten, besonders nach außen hin. Der bayerisch-monarchistische Separatismus gehörte zu den lieblichen Clemenceaus und seiner Freunde, die schon zur Zeit der Friedensverhandlungen alle Minen springen ließen, um Bayern von Deutschland zu trennen und auch heute

Die Erhöhung der Beamtengehälter.

Erhöhung um 12 1/2 Prozent.

In den Besprechungen des Reichsfinanzministeriums mit den Beamtenorganisations am gestrigen Donnerstag sind die neuen Gehaltsätze mitgeteilt worden. Zurzeit stehen die ledigen Beamten auf 80 bis 88 Proz. des Nominalfriedensgehalts und auch die bescheidene Erhöhung, die jetzt eintritt, wird nur einen Teil der unteren Beamten 100 Proz. des Nominalfriedensgehalts erreichen lassen, während die mittleren Beamten auf etwa 90 Proz. kommen, die höheren Beamten noch etwas darunter bleiben. Eine stärkere Erhöhung der Gehälter war wegen des Standes der Reichsfinanzen nicht möglich, insbesondere auch mit Rücksicht auf die Eisenbahn.

Wenn auch die Eisenbahn vom Reichshaushalt losgelöst ist, so hängen ihre Beamtenangelegenheiten doch noch so stark mit der Reichsbeamtenchaft zusammen, daß hierauf Rücksicht genommen werden mußte. Die Eisenbahn hat noch große Schwierigkeiten, insbesondere stehen ihr große Ausgaben für die ehemalige Regiebahn in Aussicht, die in sehr verwahrlostem Zustand zurückgegeben worden ist. Eine stärkere Gehaltserhöhung hätte eine Tarifserhöhung notwendig gemacht. Auf diese Weise aber hätte man den Beamten mit der einen Hand nur genommen, was ihnen mit der anderen gegeben wird.

Die Grundgehälter werden in den Gruppen 1 bis 6 um 12 1/2 Proz., in den Gruppen von 7 ab um 10 Proz. erhöht. Der Wohnungsgeldzuschuß ist erst zum 1. November neu festgelegt worden und wird jetzt nicht geändert. Dagegen werden die Frauen- und Kinderzuschüsse um je 2 M. pro Monat erhöht.

Für die praktische Auswirkung dieser Erhöhung seien folgende Beispiele angeführt: Ein lediger Schaffner, der gegenwärtig 110 M. monatlich bezieht, kommt auf 121 M. (Alle diese Gehaltszahlen verstehen sich nach Abzug der Steuer.) Das Endgehalt eines solchen Schaffners steigt um 14 M. auf 156 M. Hat er Frau und zwei Kinder, so beträgt die Erhöhung im Endgehalt monatlich 22 M. auf 208 M. In der Gruppe 5 — Assistenten, Zugführer — beträgt die Erhöhung im Endgehalt für die ledigen 18, das neue Endgehalt also 206 M., bei Verheirateten mit zwei Kindern 24 M. mehr, also 259 M.

In der Gruppe 8 — Inspektoren — wird das Endgehalt für ledige um 28 auf 364, für Verheiratete mit zwei Kindern um 34 auf 422 M. erhöht.

In der Gruppe 11 — ältere Regierungsräte — steigt das Endgehalt für ledige um 47 auf 609 M., für Verheiratete mit zwei Kindern um 53 auf 676 M.

Alle diese Gehaltsätze beziehen sich auf die Sonderklasse des Ortsklassenverzeichnisses. Die Kosten dieser Erhöhung für den gesamten Reichshaushalt ohne Post und Eisenbahn, jedoch mit den Versorgungsbezügen beträgt pro Jahr 170 Millionen. Die Veränderung

nach hochbeglückt sind durch die Helfersdienste, die ihnen von Bayern aus geleistet werden. Das kommt gerade jetzt in erschreckender Klarheit zum Ausdruck in einem Artikel, den der bekannte französische Propagandist Maurice Muret in der „Gazette de Lausanne“ veröffentlicht. Dieser Muret schreibt:

„Wir haben niemals so recht sicher an die Möglichkeit eines Durch die Allierten verkümmerten und zersplitterten Deutschlands geglaubt. Aber es ist offenbar, daß diese Lösung des deutschen Problems die allergünstigste wäre. Unter diesen Umständen kann man eine separatistische Bewegung, die aus einem Teil Deutschlands selbst kommt, nur mit Freuden begrüßen; eine Bewegung dieser Art vollzieht sich gegenwärtig in Bayern, das ist nicht zweifelhaft, und sie vollzieht sich in Bayern zum Nutzen Bayerns. Die Bayern haben Ludendorff schmählich vertrieben, der im vorigen Jahre in München für den König von Preußen arbeiten wollte. Bavaria fara da se. (Bayern wird das selbst machen.) Prinz Rupprecht unterstützt diese nationale Bewegung. Die persönliche Volkstümlichkeit des Prinzen spricht zu Gunsten der Tiefe und der Wirksamkeit der Entwicklung, bei der wir zugegen sind. Ein kürzlich erscheinendes Buch „Das bayerische Problem“ entwickelt das Programm der bayerischen Separatisten und Reunionsisten: Es soll sich darum handeln, „das Königreich Bayern im Rahmen der Deutschen Republik“ wieder herzustellen. Das neue Reich soll sich zusammensetzen aus freien Staaten, die sich nach ihrer Eigenart regieren und die der Zentralverwaltung einzig und allein diejenigen Funktionen anvertrauen, die das gemeinsame Interesse des deutschen Volkes berühren. Man will damit beginnen, daß man in München einen bayerischen Staatspräsidenten wählt, unabhängig vom dem Reichspräsidenten in Berlin. Dann soll der bayerische Landtag eine verfassunggebende Versammlung fordern und den Staatspräsidenten durch einen König, den gegenwärtigen Prinzen Rupprecht, ersetzen. Alle Leute, die aus Bayern kommen, erklären, daß diese nationale und monarchistische Bewegung sehr stark ist. Es wird gut sein, ihre Fortschritte zu verfolgen.“

Muret hat recht: Es wird gut sein, die Fortschritte dieser Bewegung zu verfolgen! Aber nicht nur in Frankreich, sondern auch in Deutschland. Und zwar hier nicht nur als stiller Beobachter, sondern durch aktive Gegenwirkung. Es ist ein unerträglicher Gedanke, daß das einheitliche Gefüge der deutschen Republik dauernd durch die Treibereien der amtslichen und nicht amtslichen Monarchisten erschüttert wird. Dies Treiben erfolgt unter unerbittlicher Billigung der französischen Nationalisten, der Clemenceau und der Poincaré. Nur aus dieser monarchistisch-separatistischen Atmosphäre ist das Urteil gegen Fehrenbach erklärlich, das heute noch als Schandstück für die bayerische Justiz weiter vollstreckt wird!

Ueber die bayerische Frage kann nicht nur in Bayern selbst entschieden werden, darüber hat das ganze deutsche Volk ein Wort mitzusprechen. Die Zeiten, da um die Einheit Deutschlands erst in innerdeutschen Kriegen gekämpft werden mußte, liegt noch nicht einmal sechs Jahrzehnte zurück. Soll das Treiben der Dynasten aus der Zeit vor 1866 jetzt wieder auferstehen? Soll noch einmal das ganze Kleinstaateneid zu allem übrigen, das der verlorene Weltkrieg uns gebracht hat, wieder in die Erscheinung treten?

Jeder, dem es um das Schicksal der deutschen Republik nach innen und außen ernst ist, wird sich bemühen, daß am 7. Dezember nicht nur abgestimmt wird über die Zusammenfassung der neuen Reichsregierung, sondern daß das Wahlergebnis zugleich ein Volksurteil über und gegen die Feinde der Republik werden muß, gleichgültig, ob sie in ehemaligen Königsschloßern, auf städtischen Ratskäfen oder auf dem Amtssessel deutscher Ministerpräsidenten sitzen mögen.

Mag der Held aus Bayern die Frage auch verschleiern wollen, sie ist klar gestellt: Am 7. Dezember wird entschieden für die Einheit des Reiches in der Republik oder für seine Zerstückelung durch die Mon-

archisten mit freudwilliger Hilfe jener nationalistischen Kräfte des Auslandes, die eine solche Zerstückelung nach Murets Zeugnis „mit Freuden begrüßen“. Die Wähler haben die Wahl! Ihre Entscheidung kann nicht zweifelhaft sein...

Kommunistische Wahlarbeit.

Verfassungsklamauk mit Prügelstrafen.

Hamburg, 21. November. (Eigener Drohbericht.) In Hamburg wurde der Wahlkampf am Donnerstag von der SPD. mit 17 Versammlungen eröffnet. Zu allen Versammlungen hatten die Kommunisten Störungstrupps gestellt, die einen geordneten Verlauf der Versammlungen unmöglich zu machen versuchten. Sie wurden vom Saalschutz überall zur Ruhe verwiesen bzw. aus der Versammlungen entfernt. Dabei kam es im Stadtteil Hamm-Hörn zu einem ersten Zwischenfall. Nachdem ein kommunistischer Diskussionsredner, der sich bei der Widerlegung seiner Ausführungen wie wild gebärdete, aus dem Saal entfernt wurde, inszenierten die Kommunisten eine Prügelei. Hierbei wurde von einem leider nicht ermittelten kommunistischen Schläger ein Pistolenschuß abgegeben, der einen Mann des sozialistischen Saalschutzes verletzte. Darauf wurde der ganze kommunistische Störungstrupp mit Nachdruck aus dem Saale entfernt.

Wie planmäßig die Kommunisten vorgehen, ergibt sich aus der Donnerstag-Ausgabe der kommunistischen „Hamburger Volkszeitung“. In einem Artikel: „Severing zum Gruß“ (Severing spricht am Freitagabend in Altona) wird zum Schluß gesagt: „Darum weg mit allen Severingen, mit allen Offizieren der Bourgeoisie, zum Teufel mit ihnen. Das muß auch die Antwort der Altonaer Arbeiterkassen am morgigen Freitag sein, wenn Severing es wagen sollte, unter dem Schutz der schwarzrotgoldenen Altonaer Faschisten in Altona zu sprechen.“

Daß die Kommunisten es nicht nur bei Drohungen bewenden lassen, zeigt die Schießerei in den Hamburger Versammlungen.

Oesterreicher und Reichstagswahl.

Gestern Donnerstag abends veranstaltete der Oesterreichisch-Deutsche Volksbund eine öffentliche Versammlung im Reichstagsaal. Der Vorsitzende Hermann Kienzl wies daraufhin, daß eine halbe Million eingebürgerte Oesterreicher deutsche Wähler und ebensoviel nicht eingebürgerte Oesterreicher auf Ernteebotegebot zwar Nichtwähler, aber nichtsdestoweniger an den inneren Zuständen im Reich aufs stärkste interessiert sind. Dr. Kienzl brachte die Forderungen zur Kenntnis, die der Volksbund für die deutschen Oesterreicher im Reich erhebt und durch deren Erfüllung vor allem die Verwirklichung der Vereinigung angestrebt und bis dahin vorbereitet werden und weitere behördliche Schikanierung dieser Deutschen sowie der weitere Bau- und Erdarbeiten unfug gegen unsere Volksgenossen unmöglich gemacht werden soll. Dabei trug der Redner einen Brief des Reichministers für die besetzten Gebiete vor, wonach das Reich Befehlshaber der Besatzungsmächte an deutschösterreichische Ruhrgebietsbewohner abteilt, weil nach dem Befehl der Reichsdeutsche ein Anrecht auf solchen Schadenersatz haben. Und dies trotz der gemaltigen Opfer Deutschösterreichs zur Wüderung der Ruhrkampf- und Inflationsopfer in Deutschland.

Für die Demokratische Partei sprach Reichsminister a. D. Koch für Verständigungspolitik nach außen und für Stärkung der Republik im Innern, und erklärte sich mit dem Programm des Volksbundes durchaus solidarisch. Mit lebhaftem Beifall nahm die Versammlung des Redners antimonarchistischen Hinweis auf die schlichte aber weitwichtige Pflichterfüllung des Reichspräsidenten an.

Der Verlesung von Entschuldigungsschreiben des Deutschnationalen v. Kemnitz und des Streifenmannen Cremer folgte eine Ansprache des Genossen Friedrich Stampfer. Er stellte zunächst fest, daß infolge mangelnden Vorhandenseins der Gegenseite in dieser Versammlung Meinungsstärkung nicht ausgeprochen werden können. Die Schwarzweißrotten sind wohl deshalb weggeblieben, weil es für die einige deutsche Republik bis zur Donau ja doch keine andere Fahne geben kann, als die schwarzrotgoldene. Das schwarzweißrote Kaiserturn konnte erst entstehen, nachdem der nationale Realpolitiker Bismarck zehn Millionen Deutsche hinausgedrängt hatte. Die sich heute nationale Realpolitiker nennen, tun so, als könnten sie die großdeutsche Idee auf einmal verwirklichen.

Dabei hat man alle Staaten um das entwaflnete Deutschland herum durch Zuteilung ehemals deutscher Gebiete an der Aufrechterhaltung dieser Einteilung Europas zu interessieren versucht. Daher wäre eine Irredenta rundum der größte Unfimm. Ein neues Blutbad würde zunächst die Auslandsdeutschen aufs schwerste treffen.

Deutschland muß in den Völkerbund eintreten, auch um für die deutschen Minderheiten eintreten zu können und um die Freiheit für uns und für Deutschösterreich zur Vereinigung nach freier Selbstbestimmung zu erlangen. Die Reichsregierung muß mit aller Energie für diese Forderung eintreten. (Beifälliger Beifall.) Die Sozialdemokratie wünscht die Vereinigung aller von körperlicher und geistiger Arbeit Lebenden in einer Partei, ist aber in der Außenpolitik mit den Demokraten fast durchwegs einig. Ihnen aber, Anschließfreunde, rufe ich zu, wählen Sie am 7. Dezember, wie sie auch sonst stehen, großdeutsch, wählen Sie auf alle Fälle Schwarzrotgold! (Beifälliger anhaltender Beifall.)

Fiebiger (Gemeinschaft der Subjektivdeutschen) schilderte die Entnationalisierungspolitik, die die tschechoslowakische Republik gegen die Subjektivdeutschen treibt und mahnte, diese traurigen Vorgänge nicht als „Auslandsangelegenheit“ von sich weg zu schieben.

Darauf schloß Kienzl die Versammlung mit der Aufforderung zu roter Wahlarbeit im Interesse der großdeutschen Sache.

Reichsregierung und Fall Rathusius.

Die deutsche Regierung hat schon bisher im Einvernehmen mit dem General a. D. v. Rathusius und seinen Angehörigen gehandelt und ihn in seinem Wunsch, den Prozeß durchgeführt zu sehen, von dem er überzeugt war, daß er seine völlige Unschuld nachweisen werde, in jeder Weise unterstützt. Nach Ansicht derjenigen deutschen Regierungsstellen, die sich mit der Angelegenheit beschäftigt haben, steht die Unschuld zweifellos fest.

Die Bemühungen der deutschen Regierung, diese Unschuld im Prozeß einwandfrei nachzuweisen, sind dadurch vereitelt worden, daß der Gerichtsvorsitzende den Verhandlungstermin so überstürzt festsetzte, daß es unmöglich war, das entsprechende Entlastungsmaterial und die Entlastungszeugen herbeizuschaffen. (Von einem öffentlichen Aufruf dieser Zeugen ist uns allerdings nichts bekannt geworden. D. Red.)

Das Feinerzeit in Abwesenheit des Herrn v. Rathusius vom Kaisergericht gefällte Verurteilungsurteil ist der Reichsregierung erst vor acht Tagen zugegangen. In diesen acht Tagen hat das auswärtige Amt zusammen mit den Reichsministerien, der Reichsanwalt und der Justiz sowie mit dem Oberreichsanwalt alles nur mögliche getan, um Entlastungsmaterial zu bekommen und die Entlastungszeugen ausfindig zu machen. Das konnte aber in der kurzen Zeit nur zu einem geringen Teil geschehen. Die Regierung erwartet jetzt den Bericht des Vertreters der deutschen Botschaft in Paris, der den Verhandlungstermin bezeugt hat, und sie wird auch in Zukunft alles tun, was in ihrer Kraft steht, um diese Sache im Interesse von Rathusius' und im Interesse der deutschen Ehre und des deutschen Ansehens weiter zu treiben. Sollte die Revision gegen das neue Urteil nur auf Formfehler des Gerichts gestützt werden können, so dürfte die Beschränkung der Verteidigung einen genügenden Revisionsgrund abgeben.

Französische Kritik.

Paris, 21. November. (E.P.) Mit Ausnahme der „Ere Nouvelle“ kommentiert die Presse die Beurteilung des Generals v. Rathusius noch nicht. Die „Ere Nouvelle“ möchte lediglich feststellen, daß die Beurteilung wenig zweckmäßig gewesen sei. Es sei nicht nur abgesehen, wenn man sechs Jahre nach Untergang des Waffenstillstandes den alten Haß und die Leidenschaften wieder erwecke, von denen man hätte glauben können, daß sie beruhigt, wenn auch nicht erloschen seien. Gerade jetzt aber, wo in Deutschland die Reichstagswahlen vorbereitet werden, sei dieses Urteil im höchsten Grade ungeschickt. Man könnte sich doch leicht vorstellen, daß die Nationalisten und Militaristen diese Gelegenheit auszunutzen und versuchen würden, wieder die Stützen des Kaisers und die treuen Freunde Ludendorffs ins Parlament zu delegieren. Was den Inhalt der Fragen anbelangt, müsse aber gesagt werden, daß es lächerlich sei, den Latzen einiger einzelnen, ob sie auch noch so bedauerlich sein mögen, irgendwelche Bedeutung beizumessen, da doch diese Einzeltaten in dem blutigen gigantischen Chaos des Weltkrieges vollständig untergingen.

Buhtag an der Litfassäule.

Von Erich Gottgetreu.

Buhtag — die Prokuratorien müssen für die Tatsache ihrer Existenz eigentlich täglich büßen, die kirchliche Spezialrichtung hat für sie eigentlich wenig Interesse. Aber für die lieben „kirchlichen Kreise“ ist es ein Buhtag (schon eine recht bequeme Institution, wenigstens haben sie sich ein, daß Neue in konzentrierter Form bedeutende Erfolge bei der häuslichen Gerichtsbarkeit garantiert (der irischen selbst sie sicher, denn sie hollen sich ihre Justitia selbst).

Man muß repräsentieren, wenn man wer ist, und man muß deshalb seine Repräsentation auch noch außen hin dokumentieren. Der „Wallenstein“ des Anstößes, den man der Republik in den Weg gelegt hat, wurde zwar zur eigenen Blamose; die Republik ist gescheitert, aber sie ist nicht gefallen. Aber an den Litfassäulen, da konnte sich die päpstliche Seele austoben. Die antipapstliche und antioberkirchliche Auslegung der Bibel ist ja schon so hässlich, das Theatralische, dessen man sich zur Vertreibung des offiziellen Schwindels bedient, ist so heilig, daß es wohl niemanden gewundert haben wird, als er am Buhtagmorgen an den Berliner Litfassäulen in schwarzen Lettern auf weißem Grund u. a. las: „Aus der Tiefe rufe ich dich, o Herr!“

Ja, wenn ein Mensch in Not aus der Tiefe seiner „sozialen Lage“, meinetwegen auch aus der Tiefe seiner Seele ruft um Arbeit, um Hilfe, um Brot, dann hört ihn selten jemand — viele können nicht helfen, viele wollen nicht helfen, es gibt tausend Gründe und es gibt doch keinen — Ohnmacht der Persönlichkeit ist Schicksal, Ohnmacht ist Fluch: Schicksal und Fluch liegen irgendwie auf jedem.

Aber die Menschen sollten, wenn sie im besten Wortsinne modern sein wollten, aufhören, mit ihren Sünden zu kokettieren, sie sollten sich als Selbstverständlichkeit hinzunehmen, die durch stete Konstatierung durch den Herrn Parrer und durch Plakatierung an den Säulen den Göttergöttern eines göttlichen Willens erhält. Der Ruf zu Gott hallt im Herzen, im eigenen Himmel wider, aber nie an der Litfassäule am Aufrüstendamm, und der Ruf aus der Tiefe der Seele hallt nur dem wider, der den Ruf aus der Tiefe menschlicher Not verhöhnt. — nicht durch Mord mit Waffen oder Maschinen, sondern positiv durch Hilfe, brüderliche Hilfe von Mensch zu Mensch.

Das ist religiöse Laizität, und der Vorwurf zu ihr heißt den Buhtag, während die Plakatierung eines Bibelverses, geschieht es nicht aus Dummheit, ihn entbeugt. Ihr Pfaffen saget öfter schon zu uns: „Gott ist in euch“, wir aber fragen euch, die ihr kleistert: Ist er in euch?

Gerade in diesen Tagen kam die Meldung, daß die Staatsanwaltschaft in Bristerburg ein Verfahren wegen Gotteslästerung gegen einen Lehrer eingeleitet hat, der in einer öffentlichen Versammlung den auch ruchlos erscheinenden Mut befaß, zu behaupten, Jesus wäre, falls er überhaupt gelebt habe, bestimmt ein uneheliches Kind gewesen. Habe ich da nicht recht, wenn ich frage: Ist Gott in euch? Oder ist der Gott, den ihr hier durch den Bristerburger Staatsanwalt schilt, etwa ein ganz anderer als der, den wir im Jenseits beten, damit er uns befreie vom bösen Willen und auch von der Dummheit?

Bewegungsschor der Freien Turnerschaft.

Im Rahmen des Musterturnen-Wetturnens, das die Freie Turnerschaft Groß-Berlin am Nachmittag des Buhtags in der Zentralturnhalle Prinzenstraße veranstaltete, trat zum ersten Male der im Juli d. J. gebildete, unter der künstlerischen Leitung von Jutta Klami stehende Bewegungsschor vor die Öffentlichkeit.

Eine Szene „Die Post“, erster Teil einer dramatischen Folge, wurde gezeigt. In schweren Schritten, langsam, gedrückt, schließt der Chor der Belasteten sich in den Saal. Uneingeladener der Postboten schaltet die Masse in zwei feindliche Lager. Verhöhnung und Zusammenstoß wird durch die Frauen herbeigeführt. Männlicher Kampfmut und Arbeitswille — jener durch einen inneren, dieser durch einen äußeren Kreis verflochten — von den Gruppen der Frauen gepflegt und unterstützt, lassen den Entschluß zur Befreiung wachsen und reif werden. Die Post wird abgeworfen, die Postboten werden ausgerichtet und in freier Haltung schreien der Chor hinaus.

So etwa läßt der Inhalt der Szene sich erzählen, die in Wirklichkeit nichts Schauspielisches, nichts Panoramisches enthält, sondern alles rein gefühlsmäßig durch abstrakte rhythmische Körperbewegung zum Ausdruck bringt. Schritte, Gesten, Bewegungen, Wendungen, von proletarischen Vätern aus den ihnen naturgemäßen Bewegungsformen entwickelt, sind die Sprache dieser wahrhaft volkstümlichen Kunstform. Künstlergeist hat das Ganze des Kunstwerks organisch aufbauend geschaffen, Bandenführer führen es aus. Wenig technischer Einzeldrill, dafür ein begeistertes Zusammenwirken gleichgestimmter Kräfte. Die Grundlage einer ganz neuen herkömmlichen Kunst. Eine Keimzelle erst, aber eine solche, die die schönsten Entwicklungsmöglichkeiten in sich schließt und eine große Zukunft verheißt. Die Wirkung, schon jetzt über Erwarten stark, wird bis Unermessliche wachsen, wenn statt einiger Dutzend viele Hunderte sich zusammenschließen und der Schouplaz ins Freie verlegt werden kann. Dieser Kunststil, der die Effekte technischer Einzelleistungen ausschließt, verlangt größte räumliche Expansion, denn er ist auf Massenwirkung gestellt. Mögen die Wintermonate zur Weiterarbeit und steigenden Vergrößerung der Chöre benutzt werden, damit im Frühling eine neue Stufe der Entwicklung erreicht ist.

Durch das erste Auftreten des Bewegungschors erbielt diese Veranstaltung der Freien Turnerschaft eine Art historische Bedeutung. Alle die hier mitwirkten und die sich ihnen in der nächsten Zeit anschließen werden, dürfen von sich sagen, daß sie die Mitbegründer einer neuen Kunst geworden sind, die berufen erscheint, der gesamten menschlichen Kunst der Zukunft neue Wege zu erschließen.

John Schitowski.

Dilettantenschwanz. Viel Liebe, Arbeit und Geld hat das Residenz-Theater an sein neues Repertoirestück „Gauenerliebchen“ gewandt und es wird doch nicht ein so hübscher Kassenerfolg werden, wie ihn das letzte Stück, die harmlose Wälderin Pöffe „Die vier Schwanen“ erlitt hat. Nicht als ob der neue musikalische Schwanz von Bordes Mio nicht harmlos wäre. Er ist sogar zu harmlos. Wenn man nicht wüßte, daß Bordes Mio eine anonymisierte Pöffe-Manufaktur besitzt, könnte man annehmen,

„Gauenerliebchen“ hätten ein paar Dilettanten zu einem weiteren Familienfest fabriziert. Es ist ein Schwanz für ganz Anspruchlose. Der Gauenerliebchen steht in der Villa einer vertriehenen Erzählerin fest, spielt selbst die Erzählerin und küpiert alle Welt, auch die Polizei. Bloß nicht das Publikum, das sich verzweifelte Nähe gibt, unter Ausschaltung seines Überlegungsapparates an der unwahrscheinlichen Situation keine Freude zu haben. Die Schwanztechnik zeigt von rührender Kindlichkeit des Verfassers. Da stehen vier Personen auf der Bühne, von denen zwei den Dialog führen. Auf ein Stichwort beginnen plötzlich die anderen zwei zu sprechen, während die ersten zwei zusammenstehen und stummes Spiel zu machen haben. So geht das hin und her wie im Marionettentheater. Die zum Schwanz gehörige Musik von Billig Rose ist laut, aufdringlich, oassenhauerhaft, aber ohne den hastenden Klang des Gassenbauers und mit winzigem Gehalt an Einfällen. Wenn sich das Publikum trotzdem amüsierte, so lag das an der überprüfenden Laune des Hauptdarstellers Felix Reinhardt, der in der Rolle des Gauenerliebchens eine sanftere Mischung von schwerem Tonnen und gewolltornnehmer Gefühlsregung hinlegte. Auch die prächtigen Kleider der Emma Kreucher und Lotte Ducqué entzückten den Teil des Publikums, der sich im Theater durch eine Rodenschau künstlerisch erheben lassen will.

Dgr.

Aufflag der schwarzen Rasse. Man weiß, daß die Neger in den Vereinigten Staaten von Amerika jahrhundertlang die Rolle der Entschulten gespielt haben. Der Mann der schwarzen Rasse galt als vogelweiser und war wehrlos der brutalen Justiz des Richters Ansehens ausgeliefert. Wer im Verdacht stand, auch nur einen Tropfen schwarzes Blut in seinen Adern zu haben, war geächtet und verachtet. Indessen scheint sich in den Beziehungen der Neger zur weißen Rasse eine tiefgreifende Wandlung zu vollziehen. Die „National Negro Business League“ hat dieser Tage in Chicago ihr fünfzigjähriges Bestehen gefeiert. Anlässlich der Feier sind bemerkenswerte Erfolge mitgeteilt worden, die den ökonomischen, sozialen und intellektuellen Fortschritt der amerikanischen Neger im Laufe der letzten 25 Jahre beleuchten. So ist in dieser Zeit das Vermögen der Schwarzen von 300 auf 1700 Millionen Dollar gestiegen; ihre Ausgaben für Unterhaltungszwecke von 10 auf 32 Millionen Dollar; ihr Vermögen an gottesdienstlichen Gebäuden von 45 auf 90 Millionen Dollar. Im amerikanischen Geschäftsleben sind zurzeit mehr als 20 000 Negerinnen als Beamtinnen von Unternehmen angestellt. In den freien Berufen ist die schwarze Rasse ebenfalls stark vertreten: Mehr als 2000 Neger wirken als dramatische Künstler, 50 als Architekten, 250 darunter 108 Frauen, als Maler, Bildhauer und Zeichner der schönen Künste, 315 darunter 44 Frauen, als Schriftsteller, Journalisten und Berichterstatter, 19 671, davon 228 Frauen, als Beiführer der verschiedenen Religionsbestimmungen, 207 als Apotheker, 1063, davon 496 Frauen, als Lehrer und Bekehrer an Universitäten, 1100 als Zahnärzte, 1000 als Juristen und Richter, 3800 als Musiker und Musikprofessoren, 200 als Ingenieure, 500 als Photographen, 3500 als Ärzte und Chirurgen und 3200 als Krankenschwestern.

Hans Borkhoff ist vom Verein Berliner Künstler einmündig zum ersten Vorsitzenden der Kommission für die Große Berliner Kunstausstellung 1926 gewählt worden.

Die tollste Kriegsschuldfrage.

Deutschnationale Verleumdungen der Sozialdemokratie.

Die Veröffentlichung der Tagebuchnotizen des ehemaligen französischen Botschafters in Petersburg Georges Louis durch linksstehende Pariser Blätter gibt der deutschnationalen Presse das Stichwort — zu einer wüsten Wahlhege gegen die Sozialdemokratie!

Wie immer zeichnet sich dabei die „München-Augsburger Abendzeitung“ durch besondere Dreistigkeit aus. Sie entblödet sich nicht, folgende ungeheuerliche Behauptungen aufzustellen: „Wer hat sich die insame feindliche Lügenpropaganda in den letzten Phasen des Krieges, als die Wage zugunsten Deutschlands (1) sank, zu eigen gemacht? Die Sozialdemokratie.“

Wer hat die Revolutionshege in erster Linie mit der Beschuldigung des Kaisers als Kriegsschuldigen motiviert? Die Sozialdemokratie.

Wer hat auf dem vorjährigen Internationalen Sozialistenkongress eine Untersuchung über die Schuld am Kriege mit beiden Händen abgewehrt? Die Sozialdemokraten aus Deutschland.

Wer hält hartnäckiger als die Feinde, die niederträchtige Lüge von Deutschlands Schuld am Kriege aufrecht? Die Sozialdemokratie.“

Alle vier Fragen und Antworten sind ebenso blöde wie lächerliche Verleumdungen. Niemand hat die Sozialdemokratie sich die Behauptung der Ententemächte zu eigen gemacht, daß Deutschland die alleinige Schuld am Kriege trägt, sie hat vielmehr diese Legende nach wie vor auf das entschiedenste zurückgewiesen und bekämpft. Hunderte von Artikeln in der gesamten sozialdemokratischen Presse, Hunderte von Reden unserer Führer (zu denen einwandfreies Zeugnis ab. Die Ansicht, daß Deutschland einen über wiegenden Schuldanteil am Kriege trage, wird nur von einer Minderheit der Sozialdemokratie, und zwar aus innerster wissenschaftlicher Überzeugung, geteilt, ist aber niemals von der Partei als solcher übernommen worden, eher das Gegenteil. Worüber es aber in der gesamten Partei keinerlei Meinungsverschiedenheiten gibt, das ist, daß auch Deutschland einen Schuldanteil am Kriege trägt. Aber nur verstoßene Lügner können dies leugnen oder, besser gesagt, nur diejenigen, die diesen Schuldanteil durch jahrelange Kriegshege, Säbelrasseln, Flottenbauummel usw. selbst tragen, haben ein Interesse daran, diese ihre eigene Schuld zu bestreiten.

Die Revolution hätte mit einer Beschuldigung des Kaisers als Kriegsschuldigen nicht das geringste zu tun. (Reizig ist die Abdankung Wilhelms bekanntlich von bayerischer Seite, von der Partei des Herrn v. Kahr, dessen Organ die „München-Augsburger Abendzeitung“ ist, zu allererst gefordert worden!)

Die Behauptung, daß die Sozialdemokratie eine Untersuchung über die Schuld am Kriege auf irgendeinem Kongress abgewehrt habe, ist eine ebenso freche Lüge wie die vorangegangenen und noch folgenden Behauptungen des deutschnationalen Organs. Aus dem Rest des Artikels seien noch folgende Sätze wiedergegeben:

„Mit der Behauptung der deutschen Alleinschuld hat die Sozialdemokratie die deutsche Front zerrüttet, hat sie die Revolution, die Vertreibung der Türken motiviert.“

Im Bunde mit dem Feinde hat die Sozialdemokratie dem deutschen Volke die Schuldfrage aufgehaßt, um es den internationalen Ausbeutern als Schlachtopfer zuführen zu können.

Die Schuldfrage fällt — die Sozialdemokratie, die sie hochgehalten, muß ihr nach!“

Eine schlimmere journalistische Verleumdung ist kaum denkbar. Die Burschen, die das schreiben, wissen, daß es der sozialdemokratische Reichstanzler Gustav Bauer war, der vor der Weimarer Nationalversammlung und vor aller Welt feierliche Rechtsverwahrung gegen den Artikel 231 einlegte. Sie wissen, daß unser Genosse Scheidemann in seiner letzten Reichstagsrede bei der Schulddebatte die Legende der Alleinschuld energisch zurückwies. Ueberhaupt wissen diese politischen Schmutzfinke, daß an ihren Behauptungen kein wahres Wort ist.

Der Kampf gegen die Schuldfrage ist diesen Lumpen gar nicht ernst, er ist für sie nur der Vorwand zu einem innerpolitischen Lügenkampf gegen die Sozialdemokratie.

Flettner am Rednerpult.

Am Dienstag abend plauderte Anton Flettner vor den Vertretern der Presse und heute vor dem Forum der „Schiffbau-Technischen Gesellschaft“ über seine große unwürdige Entdeckung: das Windkraftschiff. An Hand einer Reihe von Lichtbildern sprach er über Wesen und Ergebnisse seiner Arbeit, wovon wir alles Wesentliche unseren Lesern bereits in einem ausführlichen Artikel mitgeteilt haben. Der Flettner-Film, der bei dieser Gelegenheit zum erstenmal vorgeführt wurde, war insofern besonders interessant, als er deutlich die völlige Unabhängigkeit vom Wellengang zeigte. Nach dem Film erhob sich der Saal, beschien, wie er spricht, verneigte sich Anton Flettner, als der Beifall ihn umstieß.

Zu Beginn seines Vortrages deutete Flettner an, daß die theoretischen Kenntnisse des Schiffbauers über die Frage des Segelproblems bis vor kurzem sehr primitiv gewesen seien, so daß es zunächst notwendig wurde, das bisher verwendete Segel wissenschaftlich näher zu untersuchen. Hierbei stellte sich heraus, daß eine strömungstechnische Verbesserung des alten Segels kaum zu erzielen war, ja, daß die vor Jahrzehnten (beispielsweise von Columbus) angewandten Segel schon fast denselben Wirkungsgrad hatten wie die heutigen modernen Segel. Die Verbesserungsfähigkeit des veralteten Segels zur Anwendung kommenden Metallflächensegels erwies sich trotz langer Versuche als ebenfalls beschränkt, obwohl der von Flettner an dem asymmetrischen Metallsegel angeordnete verstellbare Schwanz, der das symmetrische in ein unsymmetrisches Profil zu verwandeln geeignet war, den Wind schon in bedeutend höherer Nähe als ein Wellensegel ausnutzte. Die entscheidende Erkenntnis dieser Versuche bestand darin, daß die Segelfläche, auf die der Wind seinen Druck ausübt, für die Entstehung der arbeitenden Kraft viel weniger wichtig ist als die vor der Fläche liegende, die Unterdruckseite. Auch beim alten Segelschiff wird der Forttrieb im wesentlichen durch den vor dem Segel auftretenden Unterdruck hervorgerufen. Praktische Versuche ergaben, daß das starke Metall-Flettner-Segel etwa die doppelte Wirkung auszuweisen vermochte als ein Wellensegel gleicher Fläche. Die Fläche blieb aber trotz dieser verbesserten Wirkungsgrade sehr groß, und die Reibung erforderte eine sehr hohe Geschwindigkeit. Auch war das natürliche Gefahrenmoment kaum eingeschränkt. Hier setzte der neue Gedankengang Flettners ein. Am 17. September 1922 machte Flettner ein Patent an, daß die künstliche Erzeugung von Zirkulationsströmungen zur zweckmäßigeren Ausnutzung des Windantriebs vorschlag. Das Ergebnis langer Forschungen führte zu dem Erkenntnis, daß eine rotierende Haut in besonderer Weise geeignet war, eine künstliche Zirkulationsströmung zu erzeugen. An Stelle einer von zwei Ansätzen geführten beweglichen Haut wurden später nur rotierende Zylinder verwendet, bei denen der schon seit den fünfziger Jahren bekannte Magnus-Effekt in Erscheinung tritt, der darin besteht, daß ein rotierender Körper seitlich abgelenkt wird, wenn auf ihn quer zu seiner Längsachse Strömungen auftreffen. Biefache

Versuche der an dem Ausbau der Flettner-Idee hervorragend beteiligten Göttinger Aero-Dynamischen Versuchsanstalt führten dann schließlich zum Umbau des jetzt vielfach erprobten früheren Seglers „Buda“ durch die Germania-Werft Kiel. Die bei den Versuchen zutage getretene Quertriebwirkung der sich drehenden Zylinder war so groß, daß sie bei gleicher Fläche die eines Segels im Versuchskanal des Instituts um das Fehnfache übertraf. Der höchste Effekt und die beste Ausnutzung der Windkraft ergibt sich, wenn die Haut des Rotors sich etwa mit dem 3fachen der oben herrschenden Windgeschwindigkeit bewegt. Da die Angriffsfläche des Rotors gegenüber dem alten Segel sehr viel geringer ist, wird, falls der Rotor keine Drehgeschwindigkeit nicht erhöht, das Aufkommen starken Windes und Sturms dem Schiff nicht mehr gefährlich werden. Bei mittlerem, böigem, auch stoffweise aufstrebendem Wind hat die „Buda“ eine Geschwindigkeit von annähernd neun Knoten erreicht. Die Stabilität des Schiffes ist durch das geringe Gewicht der Luftbauten bedeutend verbessert worden. Auch die Wendigkeit des Schiffes hat erheblich zugenommen. Die Bedienung beschränkt sich auf die Betätigung des Steuerers und auf das Anlassen und Abstellen der Zylinder antreibenden Motoren nach vor- und rückwärts. Irgendwelche sonst auf Segelschiffen notwendige Arbeiten entfallen vollständig. Mit den beiden Elektromotoren von je 10 PS werden etwa 1000 PS Antriebskraft aus dem Wind gewonnen. Die Ausbauten für die vollkommene Umwandlung auch des Kohlen- und Dampfschiffes sind namentlich bei der Fahrt durch die Passatwinde (nördlich und südlich des Äquators) außerordentlich groß. Schätzungen haben ergeben, daß bei der ostindischen Fahrt bis zu 80 Proz. der bisher aufgewandten Kraft bzw. Kohle und Öle in Zukunft gespart werden können.

„Bolschewismus im Film.“

Die Treibereien gegen den Film „Schmiede“.

Wenn es noch eines Beweises dafür bedurfte, daß der Film tatsächlich längst von den Gegnern der Arbeiterbewegung als eine wichtige Waffe im Kampf um die Menschenseele erkannt worden ist, dann ist dieser Beweis jetzt anzüglich des Erscheinens des ersten proletarischen Films „Schmiede“ erbracht worden.

Was sich da in den wenigen Tagen seit seinem Erscheinen an kapitalistischen Ränken und Kniffen vor und hinter den Kulissen abgespielt hat, um die Aufführung zu verhindern, wäre kaum zu glauben, wenn es nicht doch schon, wenigstens zum Teil, an den Tag gekommen wäre. So hat im schwedischen „Tag“, dem Organ des bekannten deutschnationalen Krupp-Verkaufers Hugenberg, ein Herr Dr. Croll, Vorstandsmitglied der „Liga zum Schutze der deutschen (kapitalistischen) Kultur“, einen wütenden Heftartikel gegen den „Bolschewismus im Film“ vom Stapel gelassen. Die Tatsache, daß der Film auch in der „Roten Fahne“, selbstverständlich gegen Bezahlung, angezeigt wird, ist für den Herrn Kulturdozent ein genügender Beweis dafür, daß der Film, wenigstens geistig, aus Moskau importiert sein muß. Bitterlich weilt der Herr Doktor wirklich nicht, daß die „Rote Fahne“ während der technischen Herstellung des Films „Schmiede“ sich redlich bemüht hat, ihn möglichst hart in Mißkredit zu bringen. Den willkommenen Anlaß dazu bot ihr die Tatsache, daß der VOB, den Film empfohlen hat. Herr Dr. Croll schreit trampfacht nach einem Zensurverbot für den Film. Er weiß natürlich, daß der Film gar nicht aufgeführt werden kann, ohne von der Zensur genehmigt zu sein, aber er will eben nichts anderes bezwecken, als noch ein nachträgliches Verbot des Films, um so seine „gefährlichen“ Wirkungen auf die Gleichgültigen und Reuen zu hinterziehen. Während dieser Versuch bisher erfolglos geblieben ist, hat man hinter den Kulissen schon mit größter Eifergeheiß vorläufig wenigstens — gearbeitet. Es ist einwunderbar festgestellt worden, daß die Kinobesitzer in einer ganzen Anzahl schlesischer, sächsischer und thüringischer Städte von gewissen Großfirmenorganen schriftlich und sogar durch besondere Agenten persönlich bearbeitet worden sind, um den Film, wenn irgend möglich, überhaupt nicht aufzuführen zu lassen oder aber, wenn das nicht durchführbar sein sollte, ihn dann wenigstens unter keinen Umständen vor der Reichstagswahl aufzuführen. Dunkel Bräun wurde sagen: „Nachigall, ich hör' dir lausen.“ So ist also jetzt tatsächlich der Film „Schmiede“, der lediglich ein Stück Klassenkampf wahrheitsgetreu und ohne Ueberreizung schäufert, selbst zum Objekt des Klassenkampfes geworden. Man fürchtet in den Kreisen, die der Arbeiterbewegung feindlich gegenüberstehen, seine aufstrebende Wirkung. Man will verhindern, daß diese Wirkung etwa der Wahlpropaganda der klassenbewußten Arbeiterschaft zugute komme. Darauf kann es für die Arbeiterschaft nur eine Antwort geben: „Nun erst recht!“ Es dürfte bei planmäßigem Vorgehen nicht schwer fallen, den Widerstand der meisten Kinobesitzer gegen die rechtzeitige Aufführung des Films „Schmiede“ zu brechen. Hoffentlich tut man das allenthalben, wo Arbeiter als Kinobesitzer in Frage kommen!

Die Mobilisierung der Wähler.

In einer sehr gut besuchten Wählerversammlung in der Schulaula Wiebestraße zu Charlottenburg referierte Genosse Künstler. Er führte u. a. aus: Der 7. Dezember muß ein Siegestag für die Sozialdemokratie werden. Nur in einer starken Sozialdemokratie ist der Bestand der deutschen Republik gesichert. In der Erklärung der Sozialdemokratie ist begründet Macht und Einfluß des Proletariats in seinem Kampfe um eine bessere Zukunft. Diese Erkenntnis muß den irreführenden und irreführenden proletarischen Wählern, die noch am 4. Mai deutschnational, bürgerlich oder kommunistisch wählten, in den wenigen Wochen, die uns noch vom Tage der Entscheidung trennen, beigebracht werden. Im Reichstag muß eine Mehrheit einziehen, die gemißt und klug ist, höchste Arbeit zu leisten. Nicht Robau und Vorführungen muffeliger Clowns sollen zur Tagesordnung einer gefahrbedingten Arbeiterpartei gehören, sondern Arbeit im Interesse des Volkes und der notleidenden Arbeiterschaft. Der 7. Dezember wird die Entscheidung bringen, ob der Arbeitstag endlich durch die Gesetzgebung eine Regelung erfahren soll. Die Wähler der Propagandisten, die Lebensmittel durch Korn- und Fleischkäufe zu verteuern, müssen vor allem die Frauen verhindern, indem sie geschlossen für die Sozialdemokratie stimmen. Diesmal darf es kein Schwanken und Zaudern geben. Alle proletarischen Wähler müssen mobilisiert und für die einzige Arbeiterpartei, für die Sozialdemokratie gewonnen werden. Unter förmlichem Beifall icht Genosse Künstler seine Ausführungen. Ein kommunistischer Redner, der sich in Beschimpfungen erging, mußte auf Befehl der Versammlung abtreten.

In einer Wählerversammlung des Bezirks Prenzlauer Berg in der Schulaula in der Sonnenburger Straße sprach Genosse Otto Kaler. Die anwesenden Kommunisten, die sich durch Zwischenrufe bemerkbar machten, wurden im Schlusswort so gründlich abgefertigt, daß sie sich wohl überlegen dürften, noch einmal in einer unserer Versammlung das Wort zu ergreifen. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Die Todesfälle in der Vorbergstraße. Zu den ungeklärten Vorgängen, bei denen in der Vorbergstraße zu Schöneberg der Monteur Otto Kahlmann und wie jetzt feststeht, die 60 Jahre alte Schwester der Marie Wendt im Leben kamen, wird mitgeteilt, daß die Schneiderin selbst im Krankenhaus noch fast mildebehaftet danielerlag. Auf Fragen antwortet sie nur mit und kommt dabei auf Dinge, die mit dem Vorgange selbst nichts zu tun haben. Ueber diese kann man also von ihr bisher noch keine Auskunft erlangen. Die Todesursache kann erst durch die Obduktion der beiden Leichen festgestellt werden. Man rechnet aber nach Lage der Sache mit der Möglichkeit, daß nicht eine Alkoholvergiftung vorliegt, daß vielmehr die Schneiderin ihren Geliebten und ihre Schwester aus Eifersucht durch Gift beseitigt und sich dann selbst auch durch Gift zu töten versucht hat.

Die Gesellschaft für Erholung und Belustigung, die sich den klingenden Namen „Grüne Heimat“ beilegt hat, hatte gestern abend zu einer Versammlung in ehemaligem Herrenhaus eingeladen, um für ihre Ziele durch Wort und Film Propaganda

zu machen. Wir haben uns ja, unsere Leser werden sich erinnern, an dieser Stelle wiederholt mit der „Grünen Heimat“ und dem Erholungslokal „Baldur“ beschäftigt. Woraus wir immer hingewiesen, daß die Fahrt mit dem „Baldur“ eine kostspielige Angelegenheit ist, fand auch gestern durch den Vortrag Bestätigung, und der Film zeigte außerdem, daß die Reiziten mit den Booten übereinander nur für die größte Gelassenheit der Jugend benutzbar ist. Nun hat aber die „Grüne Heimat“ auch „Siedlungspläne“ und will, wie gestern betont wurde, die Errichtung von Sommerheimen, die Beschaffung von Häusern und Eigenheimen sich angelegen sein lassen. Der Redner des Abends betonte immer wieder, daß der Einzelne sehr leicht durch kleine Einzahlungen und sehr bald durch Herabgabe nicht großer Summen in den angenehmen Besitz eines eigenen Heims komme. Hoffentlich sind diese Sommerwohnungen billiger wie die Fahrten auf dem „Baldur“. Das nicht gerade zahlreich erschienene Publikum nahm dann auch eine abwartende Haltung ein.

Veränderungen im Straßenbahnverkehr.

Vom 24. November d. J. ab werden die folgenden Veränderungen im Straßenbahnverkehr durchgeführt: Die Linie 40 Svinenlinder Straße—Sieglin, Lichterfelder Chaussee, wird im Zuge der Straße „Unter den Eichen“ bis Hinterseebestraße, Drakestraße, verlängert. Die Linie 56, Stettiner Bahnhof—Bahnhofstraße, wird durch die Schloßstraße bis zum Stroßenbahnhof Lichterfelder Chaussee weitergeführt. Die Linie 79 verkehrt von der Reifstraße über Reitebeckstraße, Schillstraße, Lühowplatz, Lühowstraße anstatt bisher über Rosendorferplatz, Wilmsstraße, Potsdamer Straße. Die Linie 7, Bahnhof Lichterfelder Chaussee—Stahnsdorf bzw. Rodawer Straße, erhält die neue Bezeichnung „Linie 100“. Auf der Linie 19, Panitzstraße—Schöneberg, Eisenacher Straße, wird der Betrieb werktags um 1 Stunde ausgedehnt, bis 10.55 ab Panitzstraße, 11.50 ab Eisenacher Straße. Die Linie 25 wird wegen baulicher Veränderungen in der Kaiserin-Augusta-Straße in Tempelhof im Rahmen des bestehenden Fahrplans bis auf weiteres nach Marienhort, Dorfstraße durchgeführt.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Parteinachrichten für Groß-Berlin
Einfach und klar die Kritik und die Politik
Berlins 6 B., Lindenstraße 3
Hets an das Bezirkssekretariat
2. Hof, 2 Trepp. Rechts, 10 Trepp.

14. Ust. Sonnabendabend 8 Uhr Funktionärsversammlung mit dem Betriebsvertrauensrat in der Gilmstraße, Pankow Str. 4.
Romane. Freitag, den 21. November, im Lokal Rumpfs, abds. 8 Uhr, öffentliche Volksversammlung. Referent: Genosse Kurt Heintz

Sport.

Reit- und Fahrtturnier.

Alle Militärbegeisterten kamen am Donnerstagabend zum Sportplatz voll auf ihre Kosten. Bei Anwesenheit v. Seckls wurde die Platzierung im Patrouillenritt bekanntgegeben. Die Beteiligung an dieser Bewegung war offen für je eine Patrouille vor jedem Kavallerieregiment der Reichswehr (ein Führer-Offizier oder ein Unteroffizier mit 3 Mann) im kleinen Dienstanzug mit Waffe. Im Freien handelte es sich um einen Geländelauf von etwa 30 Kilometer, wobei Sprünge über einige feste Hindernisse, etwa 1 Meter hoch, sowie das Ueberwinden von Kletterstücken vorzuziehen waren. Für einen Kilometer war eine Windzeit von 4 Minuten vorgesehen. Im Sportplatz fand als Abkühlung ein Gruppenpringen über Hindernisse statt, die nicht über 1.10 Meter hoch waren. Im Sportplatz, wo man jetzt Tag für Tag die größten in- und ausländischen Pferdeliebhaber und die berühmtesten Springpferde bewundern kann, fielen die Dienstpferde ihrem Aussehen nach natürlich ab. Sie sind klüger, können aber anstrengenden Dienst verrichten und schmerz Gewicht tragen. Von den 18 beteiligten Regimenter siegte das Reiterregiment 17 (Bayern) unter Führung des Rittmeisters Dehler. Beim Gruppenpringen gingen 17 Reiter, die zwei zu zwei sprangen, wodurch sie sich im Sportplatz die Sache sehr erleichterten.

Gewerkschaftsbewegung

„Revolutionäre“ Praxis.

Hört man die Kommunisten reden, dann sind sie die einzigen wahrhaft revolutionären Kämpfer. Alle anderen, insbesondere die „reformistischen Gewerkschaftslogen“, sind „Gallien des Kapitals“, „Sozialverräter“ usw.

Was sollen nun die Kommunisten, wenn sie nicht auf ihre Klassengenossen schimpfen, sondern gegen das Kapital kämpfen? Da besteht in Berlin im Textilgewerbe eine kommunistische Organisation unter der Führung des wackeligen kommunistischen Bongen Fortstreuter. Wie haben nun diese Heiden gekämpft?

Der kommunistische Betriebsrat in der Färberei W. Niesel hat mit der Firma für die Abkühlung, in der er beschäftigt ist, einen zwölfstündigen Arbeitstag vereinbart gegen eine Entschädigung von 15 Mark.

In der Pflanzfabrik A. M. Behmann hat die „klassenbewußte“ unorganisierte Arbeiterschaft mit der Firma eine Arbeitszeit vereinbart, die sich bis 11 Uhr nachts erstreckt. Der Leiter dieser Firma äußerte sich befriedigt darüber, daß er jetzt eine rein kommunistisch gefärbte Arbeiterschaft hat, von dieser könne er verlangen, was er wolle. Er läßt sich sehr wohl, denn er hat jetzt Ruhe im Betriebe.

Schweres ist wohl die Hauptfrage; denn auch Fortstreuter hat sich seiner Firma gegenüber (Leppischbeit G. Feibich) handschriftlich verpflichtet, für Ruhe und Ordnung im Betriebe zu sorgen.

Wir wissen, daß auch Kommunisten nur mit Wasser kochen können. Es fällt uns deshalb gar nicht ein, gegen kommunistische Gewerkschaftler zu Felde zu ziehen, solange sie den Kampf nach gewerkschaftlichen Regeln und Grundregeln führen und nicht die Organisation am Mostau willen zugrunde richten. Aber immerhin: der reformistische Gewerkschaftler müßte erst geboren werden, der die Hand zu solchen Abmachungen bietet. Glücklicherweise haben diese traurigen Heiden der KPD, die nur Mut aufbringen gegen ihre Arbeitskollegen, endgültig ausgespielt, gewerkschaftlich und auch politisch. Die große Wrede am 7. Dezember wird das bekräftigen.

Lohnbewegung bei den Gemeinde- und Staatsarbeitern.

Das Lohnabkommen für die Arbeiter in den städtischen Gas- und Wasserwerken Aktiengesellschaften ist gestern abend in einer Versammlung durch die Arbeiter vom 30. November gekündigt worden. Die neuen Lohnforderungen betragen im Durchschnitt 15 Proz. auf die bisherigen Löhne. Für die städtischen Elektrizitätswerke werden die kürzlich verkauften Lohnverhandlungen am Montag fortgesetzt.

Die Lohnverhandlungen zwischen dem Reichsfinanzministerium und dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband für die Reichs- und Staatsarbeiter haben als vorläufiges Ergebnis folgende Erhöhungen der Löhne gebracht: Vom 2. November ab wird der für Berlin geltende Ortslohnzuschlag von 20 auf 26 Proz. erhöht. Ab 1. Dezember erfolgt eine Erhöhung des Grundlohnes um

9 Proz. Zusammengekommen macht das eine Verbesserung der Frauenlöhne um etwa 5 Pf. und der Männerlöhne um 6 bis 7 Pf. pro Stunde aus. Die endgültigen Verhandlungen finden im Laufe des heutigen Tages im Reichsfinanzministerium statt.

Nach dem Hochbahnerstreik.

Das Berliner Kopfbüro der „Browda“ bemüht sich in einem langwierigen Artikel nachträglich noch Kapital aus dem Streik der Hochbahner zu schlagen. Das tut es nicht etwa, indem die Hochbahner darauf hingewiesen werden, daß sie sich organisieren müssen, und zwar in den freigewerkschaftlichen Organisationen, d. h. in diesem Fall im Deutschen Verkehrsbund. Es wird vielmehr durch die Verdrehung der einfachsten Tatsachen gerade auf die Gewerkschaften losgeschlagen und selbstverständlich auch auf den „Vorwärts“.

Auf die Angriffe gegen uns einzugehen, halten wir für überflüssig. Die Hochbahner wissen sehr wohl, daß sie es zum wesentlichen Teile dem energischen Eintreten des „Vorwärts“ zu verdanken haben, daß nicht ein großer Teil von ihnen auf der Straße blüht.

Soweit die gewerkschaftliche Führung des Kampfes in Frage kommt, wollen wir jedoch für heute einige Feststellungen machen. Von rund 2000 streikenden Hochbahnern waren nur 10 Proz. im Deutschen Verkehrsbund organisiert. Schon deshalb konnte keine Rede davon sein, daß dieser die Führung im Kampfe übernehme. Aber nicht nur deshalb. Die große Masse der Hochbahner nahm eine direkt gegensätzliche Stellung gegenüber dem Verkehrsbund ein und wollte überhaupt von den Gewerkschaften nichts wissen. Zur Charakterisierung führen wir weiter an, daß die Streikleitung es ablehnte, den Kampf um den Achtstundentag an die Spitze der Bewegung zu stellen. Man kämpfte vielmehr um die Erhaltung des Beamtencharakters und verlangte auch, daß man im Betriebsrat einen Sonderausschuß habe, um nicht mit Arbeitern zusammenstimmen zu müssen.

Wie wollen uns mit der Feststellung dieser einfachen Tatsachen für heute begnügen. So lange die Hochbahner nicht einsehen werden, daß sie geschleichen mit ihren Arbeitsbrüdern in den Deutschen Verkehrsbund hineinzugehen, wird es diesem unmöglich sein, die Führung im Kampfe für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen mit Erfolg zu übernehmen.

Ablehnung der Eisenbahn-Personalordnung.

Am Dienstag und Donnerstag haben mit der Hauptverwaltung der Reichsbahn Verhandlungen über die Personalordnung stattgefunden. Die Organisationen haben eine Reihe von Anträgen vorgelegt, die durch den Generaldirektor mit unwesentlichen Ausnahmen abgelehnt worden sind. Der Generaldirektor erkundete aber trotzdem die Organisationen, die Personalordnung anzunehmen. Die Vertreter der Verbände gaben darauf folgende Erklärung ab:

„Die Eisenbahnerorganisationen sind nicht in der Lage, die vorliegende Personalordnung hinzunehmen, sondern lehnen sie ab. Die Gewerkschaften behalten sich vor, ihre Mitglieder von ihrer Stellungnahme unter Darlegung der Gründe zu unterrichten.“

Die Personalordnung ist vor allem wegen der Verminderung der Rechte der Räumungsbeamten abgelehnt worden. Die Erklärung wurde dem Generaldirektor durch drei Vertreter der Organisationen überreicht. Wie wir hören, besteht aber trotzdem die Absicht, die Personalordnung dem Verwaltungsrat der Reichsbahn zur Verabschiedung vorzulegen.

Der Arbeitsausschuß der deutschen Reichsbahn.

Die Beratungen des Arbeitsausschusses des Verwaltungsrats der Reichsbahn, der am Donnerstag zusammengetreten ist, werden am Sonnabend zu Ende geführt. Am Freitag treten der Technische und der Tarifausschuß zusammen. Das Ergebnis der Vorbesprechungen wird am kommenden Montag dem Plenum des Verwaltungsrates vorgelegt werden.

Den mit den Eisenbahnergewerkschaften getroffenen Vereinbarungen über die neue Regelung der Löhne (durchschnittlich Erhöhung um 9 Proz., Wochenzahlung statt Monatszahlung usw.) hat der Verwaltungsrat, wie wir vom D. E. B. hören, zugestimmt. Es wird jetzt die Ausführungsverfügung sofort fertig gemacht, damit sie noch Ende dieser Woche hinausgehen kann.

Unter der Führung des Deutschen Eisenbahnerverbandes haben die Eisenbahner in einem kurzen, aber schnell geführten Kampf einen Erfolg erzielt, der sich unter Berücksichtigung der unzweifelhaft vorhandenen großen Schwierigkeiten sehr wohl sehen lassen kann.

Nicht mit blutrünstigen Redensarten nach kommunistischem Muster, sondern in ruhiger, sachlicher und deshalb auch die Öffentlichkeit überzeugender Weise wurde von den Eisenbahnern der Vorstoß unterzogen, der die Lohnbewegung der gesamten Arbeitnehmerchaft ins Rollen brachte. Hoffentlich zieht man draußen im Lande daraus die Lehre, daß gerade jetzt unter dem neuen Regiment der Reichsbahn A. G. nur eine starke, freigewerkschaftliche Organisation, unterstützt von der Arbeiterpresse, erfolgreiche Kämpfe führen kann. Am 7. Dezember aber ist Gelegenheit, dieser Lehre die richtige Anwendung folgen zu lassen.

Die Beseitigung der Zweifelschichtarbeit.

Das an der Arbeiterchaft der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie begangene Unrecht durch Aufzwingung des Zweifelschichtsystems mit je zwölfstündiger Arbeitszeit an Stelle des Dreifelschichtsystems mit je achtstündiger Arbeitszeit soll vom Reichsarbeitsministerium wieder gutgemacht werden. Ueberflüssig zu bemerken, daß die Schwerindustriellen sich mit Händen und Füßen dagegen wehren werden.

Der Reichswirtschaftsrat hat in den letzten Tagen schwerindustrielle Betriebe in Rheinland-Westfalen und Oberschlesien besichtigt, um das von ihm verlangte Gutachten über die geplante Verordnung des Reichsarbeitsministers erstatten zu können, wonach die Arbeitszeit in der Schwerindustrie wieder auf acht Stunden beschränkt werden soll.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Erich Salfermann; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Neuigkeiten: Dr. John Schifowski; Verleses und Sonstiges: Fritz Kurland; Anzeigen: Ch. Glöde, sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

S. Hoffmann Charlottenburg
Wilmerdorfer Straße 12
empfiehlt sein reichhaltiges
Lager an selbstfabrizierter
Herren- u. Knaben-Bekleidung

Großer Ausnahmeverkauf PORZELLAN * GLAS * STEINGUT

| | | | | | |
|---|--|---|--|--|--|
| Pressglas Serie SIEGFRIED Gompots 28, 40, 50 bis 1 ⁵⁰ Kompotteller 28 ⁷⁵ Kuchenteller 1 ⁷⁵ Butterglocken 1 ²⁵ Käseglocken 1 ⁰⁰ Rahmensätze 1 ⁵⁰ Bierbecher Flora 18 ⁷⁵ Teebecher Flora 18 ⁷⁵ | Buntes Porzellan Küchenservisen 22 teilig .. 14 ⁵⁰ Tafelservice 6 Pers., 22teilig .. 25 ⁰⁰ Tafelservice 12 Pers., 77teilig .. 95 ⁰⁰ Kaffeeservice 2 Pers., 5 teilig .. 2 ⁷⁵ Kaffeeservice 6 Pers., 9 teilig .. 4 ⁹⁵ Kuchensätze bunt, 7 teilig 1 ⁹⁵ Vorratsstone Porzellan, mit Golddekoration... 95 ⁷⁵ Kaffeeteller Porzellan, mit Banddekoration... 25 ⁷⁵ | Verkauf sowohl Vorrat Mengenabgabe vorbehalten Tassen 30 mit Untertassen, buntes Porzellan 30 ⁷⁵ Tassen 8, 10 mit Untertassen, weißes Porz., kl. Fehler 8, 10 ⁷⁵ | Porzellan weiss, mit kl. Fehlern Abendbrotteller 15 ⁷⁵ Kompotteller 12 ⁷⁵ Kartoffelschüsseln 1 ²⁰ 1 ⁵⁰ Kaffeekannen 1 ²⁵ 75 ⁷⁵ Milchtöpfe 15 ⁷⁵ Zuckerdosen 10 ⁷⁵ | Steingut Teller tief 12 ⁷⁵ Abendbrotteller 10 ⁷⁵ Teekannen braun 65, 45, 25 ⁷⁵ Vorratsstone mit Schrift 25 ⁷⁵ Waschbecken 1 ⁹⁵ 95 ⁷⁵ Kaffeekannen Meteor 45, 35 ⁷⁵ Waschgarnit. Metall, Golddek. 4 ²⁵ Waschgarnit. Metall, Golddek. 7 ⁵⁰ | |
| Leibwärmer 85 ⁷⁵ 1 ⁰⁰ Heizrohre Emaille 4 ⁹⁵ Zinkwaschwannen m. Holzbohlen .. 9 ⁵⁰ 11 ⁵⁰ | Emaillwaren Kasserollen mit Ring 1 ²⁵ 1 ⁴⁵ 1 ⁰⁵ Schmortöpfe mit Ring 1 ³⁵ 1 ⁵¹ 1 ⁰⁰ Schmortöpfe ohne Ring 75, 95 ⁷⁵ Waschbecken oval 95 ⁷⁵ Milchkanne 95 ⁷⁵ 1 ³⁵ | Aluminiumwaren Schmortöpfe mit Deckel 1 ⁴⁵ 1 ⁰⁵ Kasserollen 85 ⁷⁵ Milchkanne 2 Liter, mit Bügel .. 85 ⁷⁵ Gemüseschüssel mit Deckel... 2 ⁰⁰ Kuchenschüsseln tief 2 ⁴⁵ | Holzwaren Waschbretter 85 ⁷⁵ 1 ¹⁰ Aermelplättbretter bezogen ... 1 ²⁵ Plättbretter bezogen 3 ⁷⁵ 5 ⁷⁵ Teppichkehrmaschinen 8 ⁷⁵ Besen Holz 2 ⁰⁰ Handfeger Holz 95 ⁷⁵ | Stahlwaren Esslöffel Mess. 10 ⁷⁵ Teelöffel Mess. 6 ⁷⁵ Tischbestecke Paar 85 ⁷⁵ Britannia-Esslöffel 35 ⁷⁵ Eierschneider 55 ⁷⁵ Nussbecher 25, 50 ⁷⁵ | Petrol.-Öfen 14 ⁵⁰ 17 ⁵⁰ Ofenvorsetzer 1 ⁶⁵ 2 ⁰⁰ Teeglashalter mit Glas, komplett 45 ⁷⁵ Wärmeflaschen versilbert 2 ⁵⁰ 3 ⁵⁰ |

Gardinen mit Bl.-sätzen .. 2⁴⁵ 2⁹⁵ 5⁷⁵
Garnituren 3 teilig .. 4⁹⁰ 7⁵⁰ 9⁵⁰
Bettdecken 2 bettlg .. 9⁷⁵ 12⁷⁵ 16⁵⁰
Gardinen Meterware 75⁷⁵ 95⁷⁵ 1²⁵

Prima Wachstuch 100 cm breit Meier 2⁷⁵

Hermann Tietz Frankfurter Allee

Decken
 Diwandecke... 14⁵⁰ 19⁰⁰ 23⁰⁰
 Tischdecken verb. 6⁷⁵ 9⁷⁵ 14⁵⁰
 Läuferstoff .. Meter 1⁴⁵ 1⁹⁵ 2⁴⁵
 Steppdecken 14⁵⁰ 19⁵⁰ 25⁰⁰

Sonderangebot!

Anzüge u. Ulster 75.- 85.- 100.- nach Maß

Verwendung nur haltbarer Stoffe und Zusätze. Garantie für beste Passform

Reichhaltiges Lager fertiger Herren- u. Knaben-Garderobe

Sport- und Berufskleidung Gummi- und Lodenmäntel

J. Baer, Berlin N., Badstr. 26
Ecke Prinzenallee.



Aus altem Zeug ein neu Gewand?
Nimm die **Frauenmelt** zur Hand!

30 Pfennig das Heft, mit Schnittmuster 40 Pfennig

Zu beziehen durch die Ausgabestellen und Botenträuer des Vorwärts.

Zähne 1 u. 2 G.-M. Teilzahlung

gestattet b. 1 Anzahlg. u. wöchentlich Abzahlung von 1 G.-M. an. Echte Goldkronen v. 8 G.-M. an. Ersatzkronen v. 3 G.-M. an. Zähne ohne Gaumenplatte v. 3 G.-M. an. Zahnst. mit Betäub. 1 G.-M., b. Bestellg. von Gebissen gratis. Rat und Munduntersuchung gratis. 1 Jahr weitgehende Garantie. Ueber 20.000 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit geliefert.

Hafvanti, Danziger Strasse 1, hauser Allee.
Vorzeiger 10%, Rabatt.

Auf Teilzahlung!

Herren-Garderobe
Gute Qualitäten zu soliden Preisen
CANNITZER
So. Frankfurter Allee 821, am Untergrundb., Nordring

Ischias

Spezialbehandlung des Ischias durch Massage, Elektrizität, Wärme, Licht, etc. in 5 Tagen sind schwere Fälle heilbar werden. Spezialisten für Ischias, Lumbago und Rheuma. Arzt, empfohlen. Invalidenstr. 105, 9-11, 1-4, Sonntags 10-12, Ischias.

Korbmöbel

gene Herstellung vorzüglichen Ausrichtungen kauf. Sie 1 gr. Auswahl vorliegen u. billig im preis. Korbmöbelhaus **Edmund Voß** Kleinköln, Berliner Str. 14 Nähe Hermannplatz

Teleph. Neukölln 2204. Zahlungsweise erleichtert

TRAURINGE

in jed. Größe u. Qualität, stets vorrätig, nur bill. Preisberechnung

M. Dinse, Juwelier
Lichtenberg, Frankl. Allee 202
Nähe Bahnh. Lichtenb.-Friedrichst.
Teleph. Lichtenberg 3322

Leiterwagen

u. alle and. Transportergeräthe liefert billigst
Großer Vorrat.
Georg Wagner
Köpenicker Str. 71, Katz Lagerspähle.
Keine Schaufenster-Reklame, nur wesentlich billigere Preise

Schokolade billiger!

Falken, Stollwerck, Mouxion und andere bekannte Marken
Man kauft sehr billig - und 2% Rabatt -
Gerson Wechselmann
Berlin, Linkstraße 20,
Telephon: Nollendorf 878 und 879.
Post- und Bahnversand.

Hosen

jeder Art kaufen Sie am besten und billigsten in d. Münchener-Gladbacher Hosen-Zentrale.
Herren- und Knaben-Anzüge, Hosensträger, Stutzen sehr preisw.
München-Gladbacher Hosen-Zentrale
Rügener Str. 25 (nahe Gesundbr.)
Blauer Laden - Fahrgeldvergüt.

Beizimilwagen

Fahrlag., Gewicht 150 kg, Preis 120,-
Georg Wagner
Köpenicker Str. 71
Keine Schaufenster-Reklame, nur wesentlich billigere Preise

Schokolade billiger!

Falken, Stollwerck, Mouxion und andere bekannte Marken
Man kauft sehr billig - und 2% Rabatt -
Gerson Wechselmann
Berlin, Linkstraße 20,
Telephon: Nollendorf 878 und 879.
Post- und Bahnversand.

Mosch-Anders

Berussstraße 25

Bezimalwagen

Fahrlag., Gewicht 150 kg, Preis 120,-
Georg Wagner
Köpenicker Str. 71
Keine Schaufenster-Reklame, nur wesentlich billigere Preise